

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

23.6.1924 (No. 144)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Verleger:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. A. M. e. n. d.,  
Karlsruhe

**Bezugspreis:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassensrabatt gilt und verwehrt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, Zwangsweise Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

### Amtlicher Teil

#### Die Lage des Arbeitsmarktes

In der Woche vom 12. bis 18. Juni hat sich die Arbeitsmarktlage gegenüber der Vorwoche sehr deutlich verschlechtert. Das geht schon aus den wiederanstiegenden Erwerbslosenziffern hervor. Die Zahl der Erwerbslosen (Hauptunterstützungsempfänger), die seit einiger Zeit in stetiger Abnahme begriffen war, stieg von 11 700 auf rund 12 200, es ist also eine Zunahme von 500 zu verzeichnen. Die Entlassungen von Arbeitskräften mehrten sich, Kurzarbeit wird in verstärktem Maße eingeführt, es kommt bereits zu Betriebsstimmungen und Stilllegungen.

In der Landwirtschaft besteht lebhaftere Nachfrage nach Arbeitskräften für die im Gang befindliche Ernte. In der Steinindustrie des Mosbacher Bezirks wurden weitere Einschränkungen vorgenommen. Die Lage in der metallverarbeitenden Industrie neigt im allgemeinen zu weiterer Verschlechterung. Abgesehen von Mannheim, wo die Beschäftigungsmöglichkeit für Facharbeiter noch verhältnismäßig günstig war, wird über Betriebsstimmungen, Entlassungen und Kurzarbeit berichtet. Ein Großbetrieb des Karlsruher Bezirks hat geschlossen, rund 2000 Arbeiter sind davon betroffen. Die Anforderungen anderer Großbetriebe hielten sich in mäßigen Grenzen. Die Schwarzwälder Uhrenindustrie schritt zu Arbeitszeitverkürzungen bis zu 3 Tagen in der Woche. Auch in der Forstheimer Schmuckwarenindustrie hat die Kurzarbeit stark zugenommen. Mindestens 10 000 Arbeiter sind bis jetzt davon betroffen. Die südbadische chemische Industrie zeigt noch einige Nachfrage nach Arbeitskräften (Ofenarbeitern). Auch das Spinnstoffgewerbe des Wiesentals war in einzelnen Orten noch aufnahmefähig. Voll beschäftigt sind noch die Weinheimer Lederfabriken. Dagegen mußte eine Mannheimer Schuhfabrik eine starke Betriebsstimmung (Kurzarbeit) vornehmen, von der rund 100 Arbeitskräfte betroffen werden. Die Aussperrung in der badischen Holzindustrie ist nunmehr beendet, die Arbeit ist wieder aufgenommen worden, die Arbeiter wurden jedoch im Hinblick auf die Wirtschaftskrise da und dort nur zum Teil wieder eingestellt. Die Arbeitsmarktlage in der Tabakindustrie hat sich weiter verschlechtert. Kurzarbeit wurde in vermehrtem Umfang eingeführt. Im Heidelberger Bezirk dauern die Entlassungen an. Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe ist es weiter ruhig. Der Bedarf des Baugewerbes an Facharbeitern ist im großen und ganzen gedeckt; soweit noch Nachfrage besteht, kann sie laufend befriedigt werden. Im Gaststättengewerbe hat der lebhaftere Geschäftsgang angehalten, Köche, Köchinnen und Küchenmädchen sind stark begehrt. Im Fremdenverkehr besteht noch ungedeckte Nachfrage nach jungen Kellnern sowie nach gelerntem männlichem und weiblichem Kochpersonal für Schwarzwaldfürorte. Im Handelsgewerbe ist die Lage schwach. Anmeldungen offener Stellen gehen wenig ein; Reisende und Provisionsvertreter, vereinzelt auch gute Spezialkräfte sind gefragt. Für Techniker ist noch keine Besserung zu verzeichnen.

Die Wahlen zum Anhaltischen Landtag sind ruhig verlaufen. Bis 12 Uhr nachts lagen bis auf 2 Industrie- und Gewerkschaften, die Ergebnisse vor. Danach erhalten die Deutsche Volkspartei 8, die Bodenreformer 1, die Demokraten 1, Landbund 3, Deutsch-Völkische 2, Deutschnationale 4, Hausbesitzer (Stadt und Land) 1, Wirtschaftspartei 1, Kommunisten 4 und Sozialdemokraten 19 Sitze. Die einzelnen bürgerlichen Gruppen waren mit den beiden Hauptgruppen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei eine Listenverbindung eingegangen, wodurch die einzelnen Reststimmen gegenseitig verrechnet wurden. Die Sozialdemokraten behaupteten ihren Stand. Die kommunistischen Stimmen sind von 22 000 auf 16 000 herabgegangen, die der Deutschvölkischen von 9600 auf 7100. Die Demokraten büßten 4000 Stimmen ein.

Der Streitparagraph der Eisenbahner. Zu der Besprechung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter, die der Reichsverkehrsminister von der Gewerkschaft die Streikfrage des Streitparagraphen aus ihren Sitzungen nicht verhandelt habe, hören wir von zuständiger Seite: Der Reichsverkehrsminister verlangte von der Reichsgewerkschaft eine dem Standpunkt der Regierung entsprechende Änderung des § 2 der Satzungen (das ist zur Zeit der Streitparagraph) oder eine befriedigende verbindliche Erklärung, die sich mit dem Standpunkt der Reichsregierung im Einklang befindet. Der Standpunkt der Reichsregierung ist bekannt. Sie erkennt nach wie vor das Streikrecht der Beamten nicht an.

### Umkehr in der Finanzpolitik?

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird dem „Bad. Beobachter“ geschrieben:

Wir stehen, wenn nicht alles täuscht, vor schwerwiegenden und tiefgreifenden Entscheidungen auf dem Gebiete der Finanzpolitik des Reiches. Die augenblicklichen Beratungen der Reichsregierung beziehen sich nämlich auch auf das Problem einer grundsätzlichen und grundlegenden Änderung unserer bisherigen allgemeinen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Das Ziel kann nach Lage der Dinge nur sein: Verbilligung der ganzen öffentlichen Wirtschaft.

Um von den hohen Preisen, die auch jetzt noch in allen Zweigen der Wirtschaft vorherrschen, herunterzukommen, muß von oben angefangen werden. Das Reich muß einen natürlichen Abbau dadurch die Wege ebnen, daß es zunächst in seiner Tarifpolitik neue Wege einschlägt. Und die Vorbereitungen hierzu sind im vollen Gange.

Die bisherige Politik des Reiches ging und zwar mit vollem Recht, darauf hin, sich möglichst viel Betriebsmittel zu sichern und sie für alle Zwischenfälle in Reserve zu halten. Diese sogenannte **Thesaurierungspolitik** hatte solange ihre Berechtigung, als die ganze Wirtschaft mit Unsicherheitsfaktoren aller Art, rechnen mußte. Heute da wir mit einer stabilen Währung und mit ihrer Erhaltung rechnen können, fallen die Voraussetzungen für eine solche Politik weg.

Man wird dazu übergehen müssen durch eine Herabsetzung der Tarife für die Reichsverkehrsunternehmungen, insbesondere für Eisenbahn und Post, den ersten Schritt zu dem großen Preisdruck auf die ganze öffentliche Wirtschaft zu tun.

Und diesen Schritt zu tun, ist die Reichsregierung entschlossen. Durch eine Verbilligung der Tarife wird die Rückwirkung auf die gesamte Staats- und Privatwirtschaft bezüglich des Abbaus der Preise gegeben sein.

Natürlich kann eine solche Preisabhebung allein den systematischen Preisabbau — denn nur um einen vorübergehenden könnte es sich handeln, wenn wir zu einer grundlegenden Neuordnung der Dinge kommen wollen, nicht herbeiführen. Es muß hinzu kommen die **Herabsetzung der Kohlenpreise**. Auch nach dieser Richtung sind bereits die notwendigen Schritte eingeleitet. Mit der Kohle hängt die ganze Produktion ursprünglich zusammen. Vom Kohlenpreis sind aber auch die Produktionspreise ursächlich abhängig. Ein Preisabbau ohne vorangegangene Senkung der Kohlenpreise ist nicht möglich. Zu einer solchen Senkung konnte man bisher nicht schreiten, weil der Ruhrbergbau durch die Wicumbverträge ungebührlich belastet, ja sogar gedrosselt war. Würde es möglich sein, diese Wicumbverträge, wie es auch im Sachverständigenratgutachten vorgeschlagen ist, in den Rahmen der neuen allgemeinen Regelung einzufügen, dann würde mit einer Herabsetzung der Kohlenpreise um etwa 30 Prozent gegenüber dem bisherigen Stand gerechnet werden können.

Aber auch damit wäre noch nicht das aufgesetzte Ziel der Verbilligung der gesamten öffentlichen Wirtschaft zu sichern. Es muß hinzutreten eine **grundsätzliche Umkehr auch in der Finanzpolitik des Reiches**.

Das unser gegenwärtiges Steuer- und Finanzsystem nur für eine Übergangszeit Berechtigung hatte, daß es nur dazu dienen konnte, über lebensgefährdende Schwierigkeiten für Handel und Verkehr hinwegzukommen, war von Anfang an klar. Daraus ergab sich aber auch, daß eine Änderung in diesem System in demselben Augenblick Platz greifen muß, in welchem sich die Wirtschaft zu konsolidieren beginnt. Dieser Zeitpunkt ist nun gekommen. Seinen Notwendigkeiten dürfte dadurch Rechnung getragen werden, daß eine **organische Neugestaltung unseres gegenwärtigen Steuersystems** nun in die Wege geleitet wird. Ein diesbezüglicher Plan wird gegenwärtig auch im Reichsfinanzministerium vorbereitet. Er dürfte alsbald dem Reichskabinet zu Beratung in Vorlage gebracht werden.

Die Reform muß nach Lage der Dinge in erster Linie einsegen bei der **Umsatzsteuer**. Das gegenwärtige System der Umsatzsteuer, das die roheste Methode der Besteuerung überhaupt darstellt, kann im Rahmen einer Aktion mit dem Ziele der Verbilligung der gesamten öffentlichen Wirtschaft nicht beibehalten werden. Die Umsatzsteuer, zumal in ihrer jetzigen Höhe, stellt einen starken, die gesamte Produktion verteuernenden Faktor dar.

Es wird also, da man nach Lage der Dinge eine völlige Aufhebung der Umsatzsteuer aus fiskalischen Gründen nicht vornehmen kann, doch eine **erhebliche Herabsetzung der Umsatzsteuer** Platz greifen müssen.

Aber auch das gegenwärtige System der Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer ist nicht mehr länger zu halten. Auch hier werden bestimmte Maßnahmen im Sinne einer organischen Neugestaltung der Einkommensteuer-Erhebungen getroffen werden müssen.

All diese Maßnahmen werden im Zusammenhange in der Tat die Grundlage für einen völligen Systemwechsel in der bisherigen Finanzpolitik des Reiches geben müssen. Die Rückwirkungen auf die gesamte Wirtschaftspolitik werden sich dabei rasch von selber ergeben. Das Reichsfinanzministerium ist gegenwärtig ziemlich beweglich, so daß es dazu übergehen kann, gerade bezüglich der Steuern eine andere Politik einzuschlagen. Daß dies nur möglich ist auf dem Boden einer stabilen Währung, ist selbstverständlich. Und letzten Endes gilt es auch noch der Erhaltung der Währung, wenn die Produktion in Einklang gebracht wird mit den Interessen der Bedürfnisse der gesamten Wirtschaft. Dazu ist aber wiederum erforderlich, daß wir in der Steuerpolitik nicht mit allen möglichen Unsicherheitsfaktoren zu rechnen brauchen, sondern daß das ganze Steuersystem in einen festgefühten Rahmen gebracht wird. Und dieses Ziel zu erreichen, ist die Aufgabe der jetzigen vorbereitenden Maßnahmen im Schoße der Reichsregierung.

### Die Aufgaben der zukünftigen deutschen Handelspolitik

In Berlin fand unter starker Beteiligung hervorragender Vertreter der deutschen Wirtschaft, insbesondere der elektrotechnischen Industrie, und unter Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers **Gamm**, die ordentliche Mitgliederversammlung des **Zentralverbandes der Deutschen Elektrotechnischen Industrie** statt. Der Vorsitzende, **Karl Friedrich von Siemens**, wies in einleitenden Worten darauf hin, daß wir in Deutschland jetzt an der schwierigsten Stelle der Wirtschaftskrise angelangt seien. Die Industrie, die nach dem Kriege leider nicht unterstützt an die Wiederaufbauarbeiten gehen konnte, sondern sich gegen eine Debe von außen und innen wehren mußte, siehe vor neuen Belastungen durch das Sachverständigenratgutachten. Nachdem sie durch die Inflationswirtschaft bereits stark geschwächt sei, sei es einer der wichtigsten Probleme der Zukunft, festzustellen, ob sie die Belastungen überhaupt noch weiter tragen könne, ohne vollkommen konkurrenzunfähig zu werden.

Sobann ergriff der frühere Reichswirtschaftsminister **von Raumer** das Wort zu einem Referat über die wirtschaftliche Umstellung seit 1914 und die sich hieraus ergebenden Aufgaben der künftigen deutschen Handelspolitik. Herr von Raumer wies auf die großen Umwälzungen hin, die durch den Weltkrieg in wirtschaftlicher Hinsicht in der Weltwirtschaft eingetreten seien. Amerika, der größte Kriegsgewinnler, habe seine Produktion seit Beginn des Krieges ganz bedeutend erhöht und durch wirtschaftlich die frühere europäische Vorrangstellung in der Welt erheblich zu seinem Gunsten verschoben. Der Wert der amerikanischen Produktion betrug im Jahre 1909 28,7 Milliarden Dollar, im Jahre 1919 65 Milliarden Dollar. In Farben bezogen die Vereinigten Staaten vor dem Kriege 90 Prozent ihres Bedarfs vom Ausland, heute stellen sie 90 Prozent selbst her. In der Roheisenbeziehung ist Amerika weit an die Spitze gerückt. Infolge dieser zunehmenden Industrialisierung habe der Ausfuhrüberschuß von 1914 bis 1921 den Betrag von 22 Milliarden Dollar erreichen können. Habe Amerika 1914 6 Milliarden Auslandsschulden gehabt, verfüge es heute über 5 Milliarden Auslandsforderungen. Die europäischen Staaten müßten an Amerika jährlich etwa 600 Millionen Dollar Zinsen zahlen. Die Industrie der Staaten von Kanada, Australien, Südafrika, Indien, China, Japan usw. haben sich kolossal entwickelt und denen, insbesondere was die Textilindustrie und die Schußwaffenherstellung dieser Staaten anbetreffe, ihren Bedarf zum größten Teil bereits selbst. Dadurch sei auch zu erklären, daß der Außenhandel Europas 1921 nur die Hälfte von 1913 erreicht habe.

Was Deutschland betreffe, so müsse es vielfach 8-10fache Zölle bezahlen wie andere Länder. Die Schweiz habe uns zwar die Meistbegünstigung eingeräumt, erlaube aber Einfuhrbeschränkung für die Grenze nach Deutschland und Österreich. Gegen derartige Maßnahmen müsse man sich energischer wehren, ebenso hätten wir uns heute zum Träger eines Gebahrens zu machen, der in einem Beschluß von Genä ausgeprochen wäre und die Einräumung eines Meistbegünstigungsrechtes unter allen Völkern europäischer Nation gegenseitig fordere. Ferner sei den im nächsten Jahre beginnenden **Handelsvertragsverhandlungen** mit 315 Staaten bereits heute eingehende Aufmerksamkeit und gründliche Vorbereitung zu widmen. Die Steuern müßten im Innern auf eine klare Basis gebracht werden, damit nicht das Reich, die Staaten und die Gemeinden auf alle Projekte losgelassen werden. Diese Fragen seien um so bedeutsamer, als heute 10 und mehr Prozent des Umsatzes auf die Steuern entfielen. Für die deutsche Weiterentwicklung sei insbesondere die Verfeinerungsindustrie von maßgebender Bedeutung, zu der auch die elektrotechnische Industrie rechne. Eines der Aufgabengebiete, das dieser zu fallen werde, liege auf dem Gebiete der Industrialisierung.

die in der Welt und in der Zukunft noch ganz erhebliche Fortschritte machen werde. Von den vorhandenen Wasserkraften seien 1923 nur 5 Prozent ausgebaut gewesen, und die längste elektrische Strecke der amerikanischen Eisenbahn betrage 2000 Kilometer. Zum Schluss mahnte Herr von Kaumer vor einer allzu pessimistischen Auffassung all dieser Fragen, so schwer die gegenwärtige Zeit die Arbeit auch behindere.

Anschließend sprach Generaldirektor Dr. Dilling von den Bergbau-Elektrizitätswerken über die Maßnahmen der Regelung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen elektrotechnischen Industrie auf dem Weltgebiete. Er betonte neben der Notwendigkeit qualifizierter Lieferungen eine erhebliche Änderung unseres Preisniveaus, die einmal durch Ermäßigung der Bankzinsen und dann durch eine Ermäßigung der Rohstoffpreise zu erreichen sei. Dr. Dilling befürwortete eingehend eine intensive horizontale Konzentration aller elektrotechnischen Firmen, das heißt, den Zusammenschluß zu einer Zentralgesellschaft, die soweit geht, daß es praktisch nur noch eine einheitliche deutsche elektrotechnische Industrie gibt. Eine derzeitige Zusammenfassung und Gleichrichtung der Interessen, bei der der Medner von der Produktionsweise der Fordischen Werke ausging, läge ebenfalls in der Richtung der Ermäßigung der Produktionskosten.

In der Aussprache ergriff der Reichswirtschaftsminister Gamm das Wort, indem er auf einzelne Punkte der Rede von Kaumers einging. Er bestätigte im wesentlichen die Notwendigkeit der Berücksichtigung der vorgebrachten Forderungen. In Bezug auf die Selbstfinanzierung in der Schweiz teilte er mit, daß diese noch in ihre Ursachen aus der Inflationszeit stamme und daß gegenwärtig Verhandlungen zu einer Änderung der jetzigen Situation im Gang seien. Auch er betonte die Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gegen die angelegentlichsten Konkurrenz.

## Politische Neuigkeiten

### Das Ergebnis der Zusammenkunft

Nach Beendigung der in Chequers geführten Verhandlungen zwischen Ramsay MacDonald und Herriot ist folgendes offizielle Communiqué herausgegeben worden:

Am Verlaufe einer freundschaftlichen und intimen Verhandlung sind die verschiedenen durch den Sachverständigenbericht aufgeworfenen Fragen diskutiert und verschiedene Maßnahmen geprüft worden, die ergriffen werden sollen, um diese zur Durchführung zu bringen. Es war nicht möglich, zu endgültigen Entscheidungen zu kommen, da es notwendig ist, vorher die belgische und die italienische Regierung zu konsultieren. Die Verhandlungen haben ein vollkommenes Einverständnis zwischen den Ansichten der beiden Ministerpräsidenten ergeben. Man ist unter dem Vorbehalt der Zustimmung der anderen alliierten Regierungen dahin übereingekommen, daß eine Konferenz Mitte Juli in London stattfinden soll, um die durchzuführende Prozedur endgültig zu regeln. Die beiden Ministerpräsidenten haben beschlossen, gemeinsam zu Beginn der Generalversammlung des Völkerbundes einen kurzen Besuch in Genf auszuführen.

Nach Ausgabe des Communiqués haben Ramsay MacDonald und Herriot beschlossen, folgenden Zusatz zu veröffentlichen: Angesichts der Schwierigkeiten, die nicht nur die beiden Länder, sondern die gesamte Welt beeinflussen, haben wir uns dahin verständigt, unter uns einen moralischen Pakt zum Zwecke fortgesetzter Zusammenarbeit abzuschließen.

Dieses amtliche Communiqué wird in Paris in dem Sinn aufgefaßt, daß die Unterredung in erster Linie der praktischen Durchführung des Sachverständigenprogramms und den damit in Zusammenhang stehenden politischen Fragen gegolten habe. Die Feststellung, daß, wenn auch definitive Beschlüsse mit Rücksicht auf die belgische und italienische Verbündeten noch nicht gefaßt seien, die Aussprache volle Übereinstimmung zwischen den Auffassungen beider Premierminister ergeben habe, wird also, wie die Ankündigung der Einberufung einer interalliierten Konferenz in London in den Kreisen der hinter dem Ministerium Herriot stehenden Mehrheit mit Genugtuung registriert. Die Mitteilung, daß die beiden Premierminister übereingekommen sind, an der im September in Genf zusammenzutretenden Vollversammlung des Völkerbundes teilzunehmen, wird hier dahin gedeutet, daß Herriot sich den englischen Vorschlag, die Lösung des Problems der französischen Sicherheit dem Völkerbund zu überlassen, zu eigen gemacht hat.

Über den Verlauf der Beratungen, die zwischen MacDonald und Herriot geführt worden sind, wird dem „Matin“ von seinem Sonderberichterstatter gemeldet: Die beiden Ministerpräsidenten verhandelten am Samstag abend bis 2 Uhr morgens und am Sonntag von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags. Der Berichterstatter des „Matin“ nennt das ausgegebene Communiqué sensationell und mißt ihm die größte Bedeutung bei. Aus dem Schriftstück gehe hervor, daß die Aufgabe, die sich die beiden Ministerpräsidenten gestellt hätten, in erster Linie die gewesen sei, den Plan Dawes in die Praxis überzuführen. Die beiden Ministerpräsidenten seien dahin übereingekommen, daß er mit den Verbollkommungen und Ergänzungen, an denen im Augenblicke die Reparationskommission arbeite, restlos praktisch durchgeführt werden müsse. Sie hätten auf Grund der aus Berlin vorliegenden Nachrichten das Recht gehabt, optimistisch zu sein. Die Vertreter Frankreichs in Deutschland glaubten, daß die Opposition nicht stark genug sei, um die Annahme der durch das Sachverständigenprogramm nötigen Gesetze im Reichstag zu verhindern.

Nach dem „Matin“ ist man bezüglich der Garantien dahin übereingekommen, daß, sofort nachdem die im Sachverständigenprogramm vorgezeichneten Organisationen funktionieren, die wirtschaftliche Ausbeutung des Ruhrgebietes aufhören solle, aber um auf die militärische Befehung zu verzichten, verlange Herriot im Einvernehmen mit MacDonald Garantien. Diese Garantien bestehen nach dem Berichterstatter in der Möglichkeit, Truppen nach dem Rheinland zu führen, falls Deutschland sich einer Verfehlung der Reparationszahlung schuldig machen sollte, oder infolge einer feindseligen Haltung des Deutschen Reiches. Diese Möglichkeit fordere die Kontrolle über gewisse strategische Eisenbahnen durch die Anwesenheit des alliierten Eisenbahnpersonals. Man würde allerdings zu weit gehen, wenn man sagen würde, daß diese Schwierigkeiten schon überwunden seien. MacDonald habe erklärt, im Falle einer festgestellten Verfehlung Deutschlands werde Großbritannien wie im Kriege auf der Seite seiner Alliierten sein. Die Verhandlungen sollen so gefördert werden, daß sie vor Beginn der interalliierten Konferenz, die am 16. Juli in London stattfinden, beendet sind. An dieser Konferenz würden außer Italien und Belgien auch die Vereinigten Staaten teilnehmen können, wenn sie es wollten. Was die Deutschen anbetreffe, so würden sie, wie es logisch sei, für die Festlegung des Protokolls, das mit ihnen unterzeichnet werden müsse, hinzugezogen werden.

Nach dem Sonderberichterstatter des „Matin“ ist auch die Sicherheitsfrage, die nicht auf der großen Konferenz behandelt werden soll, besprochen worden. Er glaubt versichern zu können, daß MacDonald in dieser Frage von einer Intransigenz sei, die Frankreich völlig befriedigen könne.

Wenn im September die beiden Ministerpräsidenten der Versammlung des Völkerbundes in Genf betrauteten, würden sie vor der Versammlung ihr vollkommenes Einverständnis darüber bekunden, die Diskussion, die während der jetzt beendigten Tagung des Völkerbundes über die Entlohnung stattgefunden habe, wieder aufzunehmen. Aber schon von jetzt ab würden sie in Berlin eine ernste Sprache führen. Die Völkervertragskonferenz würde verlangen, daß die Beschlüsse durch die Interalliierte Kontrollkommission restlos durchgeführt werde.

Was die Kriegsschuldenfrage anbelange, so sei diese nicht eingehend behandelt, aber auch nicht vergessen worden. Frankreich und England sollten unverzüglich die Regelung vorbereiten, ohne abzuwarten, ob die Vereinigten Staaten an einer Verhandlung darüber teilnehmen. Je ein Sachverständiger der französischen und der englischen Regierung sollten die Frage gründlich prüfen und zur gegebenen Zeit eine zweifelsfreie Lösung vorbereiten.

London, 23. Juni. Der diplomatische Berichterstatter des „Observer“ schreibt zu der Zusammenkunft zwischen Herriot und MacDonald, sie könne sich als das wichtigste diplomatische Ereignis seit Januar 1923 erweisen. Herriots Ankunft sei jedoch noch zum Teil mit einem immerhin verführten Optimismus begrüßt worden. Herriot werde ohne Zweifel von MacDonald gefragt werden, ob er geneigt sei, einen deutschen Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund zu unterstützen. Von seiner Antwort werde der Erfolg oder der Mißerfolg der Unterredung abhängen. Die wichtigste Frage sei jetzt die, unter welchen Bedingungen Herriot das Ruhrgebiet räumen werde. Man halte es in London für zweckmäßig, eine interalliierte Konferenz zur Bewirkung des Dawesplans einzuberufen, bevor ein Einvernehmen zwischen London und Paris über die Grundzüge erzielt sei, nach denen die Alliierten als Gesamtheit gegenüber Deutschland handeln sollen. Wenn Herriot zeige, daß er in der Lage sei, das Ruhrgebiet bedingungslos zu räumen, dafür den Dawesplan in Wirksamkeit zu setzen und Deutschland als Mitglied des Völkerbundes anzunehmen, dann könne man von der Eröffnung einer neuen Epoche sprechen. Wenn Herriot MacDonalds Plan zur Verdrängung der Sicherheit durch den Völkerbund annehme, dann würden MacDonald und Herriot an der Völkerbundsversammlung im Herbst persönlich teilnehmen, und dann würde auch Deutschlands Zulassung sicher sein.

### Reichswehrminister Gehler über Deutschlands Abrüstung

Einige Berliner Blätter teilen folgende Stellen aus einer Unterredung mit, die der Reichswehrminister Gehler mit einem Vertreter der Reichspresse gehabt hat.

Mit Beginn der Regierungsperiode und Zurückdrängung der Reichsparteien hat in Frankreich ein systematischer Pressefeldzug eingeleitet, dessen deutlich erkennbare Ziele auf der Hand liegen. Es gilt erneut, die Weltmeinung in der Frage angeleglicher deutscher Rüstungen zu vergiften. Von dem „Matin“ und der „Daily Mail“ in Szene gesetzt, von allen französischen Zeitungen gierig aufgegriffen und auch in der englischen Presse mehr oder minder kritiklos wiedergegeben, sind eine Fülle von Nachrichten, Artikeln und Telegramme erschienen. Sie tragen Überschriften wie „Deutschlands militärische Wiedergeburt“, „Ausbildung der jungen Jahresklassen“, „Das Krumpersystem — die Mobilmachung ist fertig“. Schließlich verteidigt sich der „Matin“ zu der Behauptung: „Deutschland ist also moralisch und materiell für eine sofortige Mobilmachung bereit.“ Derartige pöbellich lawinenartig anschwellende Meldungen sollen in der Welt den Anschein erwecken, als ob plötzlich und gegen Deutschlands wahre Lebensinteressen ein fieberhafter Rüstungswahnsinn in Deutschland eingeleitet hätte, und das zu einer Zeit, wo Deutschland ebenso wie alle anderen am wahren Frieden interessierte Mächte für die endgültige Durchführung der brennenden Wirtschaftspragen eine ruhige und ungetrübte Atmosphäre benötige. Alle diese Nachrichten entbehren natürlich jeder Grundlage. Deutschland hat abgerüstet. Es fehlt ihm jede materielle Möglichkeit, um Krieg zu führen. Frankreich hat ein Heer von mehr als 700 000 Mann, Deutschland ein solches von nur 100 000 Mann. Frankreich hat schwere Artillerie, Tanks, Tausende von Flugern, Deutschland hat keinerlei solche Waffen, ohne die ein Krieg überhaupt nicht geführt werden kann. Es wäre für die so wichtigen Entscheidungen der nächsten Wochen überaus schädlich, wenn dieser Hetsfeldzug, der zugestandenemmaßen die Besprechungen Herriots und MacDonalds in Chequers beeinflussen soll, von Erfolg gekrönt wäre und wenn die Atmosphäre der kommenden Verhandlungen unter der Wirkung dieses Giftes stünde.

Der „Vorwärts“ meint nicht mit Unrecht, was nach dieser Erklärung des Reichswehrministers das hysterische Geschrei der deutschen Nationalisten solle? Ob sie etwa Gehler demontieren und dem systematischen Pressefeldzug gegen Deutschland Waffen liefern wollten. Deutschland habe eben nichts zu verbergen und die sicherste Methode, den Feind aus der Chauvinisten des Auslandes unwirksam zu machen, sei die Annahme der Militärkontrolle, dieser letzten Generalinspektion über die Abrüstung Deutschlands.

### Dr. Breitscheid über seinen Besuch bei Herriot

Reichstagsabgeordneter Dr. Breitscheid erklärte einem Vertreter des „Deuvre“, es sei lächerlich zu behaupten, er habe Herriot den Rat gegeben, General Nollet zum Kriegsminister zu ernennen. Er habe mit Herriot in Paris eine rein private Zusammenkunft. Er, Breitscheid, habe weder einen offiziellen noch einen offiziellen Auftrag, sondern habe nur gewünscht, die Bekanntschaft zu erneuern. Er sei überzeugt, daß Herriot von dem besten Willen besetzt sei und daß er alles tue, was in seiner Macht steht, um die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen.

### Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungserleger

In Gegenwart des Reichsministers des Innern Dr. Jarres, des Chefs der Presseabteilung der Reichsregierung Dr. Spielker, des Präsidenten Thilo vom Reichspostministerium, mehrerer württembergischer Minister und sonstiger Vertreter von Behörden begrüßte der Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungserleger Kommerzienrat Dr. Krumbhaar-Riegnitz die 80. Hauptversammlung des Vereins unter Hinweis auf ihre Bedeutung als Jubeltagung und teilte mit, daß Reichsminister Dr. Jarres und Außenminister Dr. Stresemann am Erscheinen verhindert waren. Dr. Krumbhaar stellte mit Genugtuung fest, daß der Verein zurzeit nicht mehr gezwungen ist, seine ganze Tätigkeit u. Arbeitskraft auf die Bewältigung wirtschaftlicher und materieller Fragen einzustellen, sondern sich wieder in weit höherem Maße als bisher den großen geistigen und ethischen Belangen des Zeitungswesens zuwenden kann. Nebenberühre dann auch noch die Frage des Journalistengesetzes.

Reichsminister Jarres führte zu dieser Frage aus, es bestehe ein gewisser Gegensatz der Auffassung zwischen den Verlegern und der Regierung. Daß das ganze Pressegesetz neu geregelt werden müsse, unterliege keinem Zweifel, wohl aber beständen Meinungsverschiedenheiten über die Neuordnung der Verhältnisse der Schriftleiter. Fast sämtliche Parteien

des Reichstages hielten auf dem Standpunkte, daß diese Frage einer gesetzlichen Regelung bedürfe und ein entsprechender Parteitag Hege bereits vor. Die Reichsregierung werde das Ergebnis der heutigen Beratungen abwarten, um dann mit den Spitzenorganisationen beider Seiten in Verbindung zu treten, denn nur so könne der Weg gefunden werden zur Aufrechterhaltung einer Presse, wie wir sie bisher gehabt hätten, die sich eines Hochstandes erfreue, um den die ausländische Presse uns beneiden könne. Gewiß müsse der Verleger einen bedeutenden und in vielen Punkten endgültigen Einfluß auf die Zeitung behalten; andererseits aber müsse nicht nur das Arbeitsverhältnis des Schriftleiters, sondern auch sein berufliches Ansehen so gehoben werden, daß wirklich ein kraft- und wertvoller Schriftleiterstand dem Verleger zur Seite stehe. Der Minister gedachte dann, ebenso wie schon vorher der Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungserleger, der aufopferungsvollen Eingabe der Verleger im besetzten Gebiet an das Vaterland und teilte mit, daß bisher 40 Verleger zwangsweise die Heimat verlassen mußten und daß über 500 Zeitungen im besetzten Gebiet durch Gewaltakte unterdrückt worden seien.

Professor Dr. Julius Ferd. Wolf-Dresden, zweiter stellvertretender Vorsitzender des Vereins, sprach über das Thema „Regierung und Presse“. Er schilderte an Hand der Geschichte des Zeitungswesens und der Pressegesetzgebung in den Kulturländern, wie es immer zum Unheil für Volk und Staat ausgeschlagen ist, wenn die Gesetzgeber versucht haben, die Pressefreiheit durch theoretische, direkte oder indirekte Einflüsse zu beschränken. Prof. Wolf ging besonders eindringlich auf die Entwicklung der Pressegesetzgebung in England und zeichnete die Zielsetzung der englischen Regierungen und Pressepolitik und die damit zusammenhängende Urteilsweise des englischen Volkes in seinen tiefgründigen Ausführungen auf.

Im weiteren Verlauf der Tagung nahm Dr. R. Simon-Frankfurt a. M. Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes für das ganze Zeitungsgewerbe, in ausführlicher Rede Stellung zur Frage des Journalistengesetzes. Er schilderte die Schwierigkeit und teilweise Unmöglichkeit die Begriffe öffentliches Interesse, Presse, Redakteur und Verleger eindeutig und erschöpfend zu definieren. Besonders schien ihm unmöglich, die allerpersönlichste Beziehung von Verlegern u. Redakteuren, die nur auf gegenseitigem, keinem Gesetz unterworfenem Vertrauen beruhe, gesetzlich zu erfassen, möglich und wünschenswert aber sei es, durch Sicherung der Redakteure für Arbeitsunfähigkeit und Alter und für den Fall des Todes für ihre Hinterbliebenen den für ihren Beruf nötigen Idealismus von ihnen her zu schützen und zu stärken.

Dr. Garbe-Berlin hob besonders drei Gesichtspunkte hervor. Er wies auf die Gehaltsregelungen hin, die seit Ende der Inflation in einem für die Journalisten günstigen Sinne gelöst seien. Ferner stellte auch er die Beziehungen zwischen Verleger und Redakteur als individuell und auf geistigen und Charaktergrundlagen beruhend hin und hob besonders die Reimheit der deutschen Presse hervor, die in erster Linie dem Verantwortungsgesühl und dem Idealismus der deutschen Verlegerenschaft zu verdanken sei. Er rief der Regierung zu: Hände weg vom Journalistengesetz!

Reichsminister Dr. Jarres nahm nochmals zu längeren Ausführungen das Wort, um den Standpunkt der Regierung darzulegen, die einen Ausgleich zwischen den entgegenstehenden Auffassungen erstrebe. Ihm erwiderte noch Dr. Jeneides-Gannover und Prof. Wolf-Dresden der in seinem Schlusswort nochmals entschieden die Auffassung der deutschen Verleger betonte.

Über die Papierfrage referierte der erste stellvertretende Vorsitzende des Vereins Direktor Müller, über die Arbeitgeberfragen Assessor Scheuer-Berlin. Als Sitz der nächsten Versammlung wurde Künigsberg gewählt.

Die Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungserleger fand mit einem Ausflug nach Friedrichshafen ihren Abschluß. Auf der Fahrt auf den Dampfern „Friedrichshafen“ und „Hohentwiel“ konnten die Teilnehmer trotz des trüben und regnerischen Wetters die glänzenden Manöver der beiden Metallflugzeuge von Dornier in der Luft und auf dem See beobachten. Nach der Rückkehr nach Friedrichshafen erfolgte die Besichtigung in der Messehalle der Juppelwerke in der zur Zeit der Einbau der Motore fertiggestellt ist für das nach Amerika bestimmte Luftschiff. Dr. Efenner hieß die Gäste herzlich willkommen und gab der Freude Ausdruck, die an der Wirkungsstelle Juppelins begrüßen zu können, für dessen Unternehmung sich einmal eine große deutsche Bewegung erhoben habe, die man für heute wieder wünschen möchte. Dr. Efenner teilte mit, daß die Presse rechtzeitig verständigt worden, sobald die Probeflüge des Schiffes beginnen würden. Kommerzienrat Reven Du Mont-Köln hob hervor, daß dieses Schiff nicht das Letzte sein werde, was die durch den Versailles Vertrag zum Abbruch bestimmte Halle verlasse, und daß die Werk wieder einen neuen Erfolg haben werde zu Deutschlands Ruhm und Ehre in Wissenschaft und Technik. Die Versammlung stimmte sodann lebhaft in das Hoch auf die Juppelwerke und in den Gesang des Deutschlandsliebes ein. Eine Versammlung im Kurgartenhotel beschloß die unter der Leitung von Effer-Stuttgart in allen Teilen glänzend verlaufene Tagung.

Rückkehr des Wiesbadener Regierungspräsidenten. Einmal bei der Regierung in Wiesbaden eingetroffenen telephonischen Mitteilung der Interalliierten Rheinlandkommission zufolge ist die Zulassung des Regierungspräsidenten Doensich durch die Rheinlandkommission jetzt ausgesprochen worden. Der Wiesbadener Regierungspräsident wird dieser Tage von Frankfurt nach Wiesbaden überfaheln.

Gründung einer nationalliberalen Reichspartei. Eine Versammlung der Nationalliberalen Vereinigung Berlin-Brandenburg beschloß die Gründung der Nationalliberalen Reichspartei. Die zum Aufbau der Parteiorganisation erforderlichen Arbeiten sollen insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen in Preußen unverzüglich in Angriff genommen werden. Es werde sofort ein Organisationsausschuß aus 40 Mitgliedern gebildet und zum Vorsitzenden der Partei Reichstagsabgeordneter Dr. Karetzky gewählt.

### Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Kaffat, 22. Juni. Die Stadt Kaffat nimmt bei der Zeichnung auf ein werbendes Obligationensanleihen von 900 000 Goldmark die Obligationen ihres Anleihens von 1918 unter Aufwertung ihres Nennbetrags auf 50 Prozent, bis zur Hälfte des gezeichneten Betrags in Zahlung. In, selbst die alten Obligationen in Preußen unverzüglich in Angriff genommen werden, können in dieser noch in Zahlung genommen werden, wenn die Einlösung erst nach dem 31. Juli stattgefunden hat und endlich werden auch die Guthaben an die Stadt Sparkasse mit 50 Prozent Aufwertung in Zahlung genommen.

DZ. Zell a. S., 22. Juni. Wie die „Singsht. Nachr.“ melden, hat die Papierfabrik Zell a. S. den Betrieb eingestellt und die Arbeiter entlassen.

Freiburg i. Br., 23. Juni. Am gestrigen Sonntag wurde die erste, vom Motorclub Freiburg, Mitglied des Deutschen Motorradfahrerverbandes, veranstaltete Motorradprüfungsfahrt auf der Strecke Freiburg-Lödingen-Feldberg ausgefahren, an der sich zahlreiche, namhafte Fahrer aus ganz Süddeutschland beteiligten. Die 44 Kilometer lange Strecke, die Steigungen von 800 bis 900 Meter in zahlreichen Kurven aufweist, wurde in 42 Minuten kürzester Zeit von Mahlenbrenn-Stuttgart zurückgelegt, dicht gefolgt von weiteren Fahrern, die bei ungünstiger Witterung die bergige Strecke in 48 bis 50 Minuten zurücklegten. Die kürzeste, auf deutschem Motor zurückgelegte Fahrtdauer betrug 46 Minuten. Rennenswerte Unfälle sind trotz der technischen Schwierigkeiten nicht zu verzeichnen gewesen.

## Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen  
in Millionen Mark

	23. Juni		20. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 569 500	1 577 400 <sup>100</sup>	1 571 100	1 578 900 <sup>100</sup>
Kopenhagen	709 200	712 800 <sup>100</sup>	708 200	711 800 <sup>100</sup>
London	181 000	182 000 <sup>100</sup>	181 000	182 000 <sup>100</sup>
Paris	18 155 000	18 245 000 <sup>100</sup>	18 205 000	18 295 000 <sup>100</sup>
New York	4 190 000	4 210 500 <sup>100</sup>	4 190 000	4 210 500 <sup>100</sup>
Schweiz	226 400	227 600 <sup>100</sup>	223 400	224 600 <sup>100</sup>
Brüssel	741 600	745 400 <sup>100</sup>	739 100	742 100 <sup>100</sup>
Frankfurt	123 700	124 300 <sup>100</sup>	123 700	124 300 <sup>100</sup>
Wien (100 Kronen)	58 900	59 100 <sup>100</sup>	58 900	59 100 <sup>100</sup>

Die kleine Ziffer bedeutet die Umtauschung in Prozent

## Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Auf Grund der abgelegten Erweiterungsprüfung nach § 4 der Verordnung des Staatsministeriums vom 12. Dezember 1922 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 873) wurden als für den gehobenen mittleren Dienst der inneren Verwaltung befähigt erklärt:

Die Verwaltungsobersekretäre Gustav Beyerle von Egenol, Fritz Biedl von Badshaus, Wilhelm Braun von Weinsheim, Heinrich Bussemer von Mannheim, Albert Eißler von Baiertal, Karl Gartner von Redesheim, Wilhelm Glauer von Brödingen, Julius Gspann von Frankfurt a. M., Alwin Gütlich von Karlsruhe, Karl Leicht von Bickmann, Hugo Reinhardt von Karlsruhe, Lothar Schlegelberger von Offenburg, Friedrich Schurr von Offenburg, Karl Schreiber von Karlsruhe, Walter Vossler von Freiburg, Josef Wehrle von Friesenheim, August Weis von Freiburg und Otto Bachmann von Brödingen, sowie die Verwaltungsassessoren Eugen Albrecht von Badshaus, Erich Funtler von Freiburg, Eugen Krefz von Linach, Ernst Lamm von Karlsruhe, Josef Oster von Bauerbach und Heinrich Wolf von Seckenheim.

Karlsruhe, den 17. Juni 1924.

Der Minister des Innern  
Remmele

Der zwischen der Gemeinde Fintelstein und der Gemeinde Bolterdingen (Amtsbezirk Donaueschingen) auf Grund der übereinstimmenden Beschlüsse ihrer Gemeindevertretungen abgeschlossenen Vereinbarung über ihre Vereinigung zu einer einfachen Gemeinde mit dem Namen Bolterdingen unter Aufhebung der gegenseitigen Gemarkungsgrenzen mit Wir-

kung vom 1. April 1924 wurde gemäß § 4 Abs. 1 G.O. die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 17. Juni 1924.

Der Minister des Innern  
Remmele

Dem Karlsruher Reiterverein ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalfahrs bei dem am 21. September 1924 in Karlsruhe-Müppurr stattfindenden Pferderennen erteilt worden.

Karlsruhe, den 17. Juni 1924.

Der Minister des Innern  
Remmele

Mit Entschliessung vom 24. April 1924 Nr. 18555 wurde die Vereinigung der abgesonderten Gemarkung Klosterhof mit der Gemeinde Lannheim (Amtsbezirk Donaueschingen) mit Wirkung vom 1. April 1924 auf Grund des § 105 Abs. 1 G.O. angeordnet.

Die Anordnung ist rechtswirksam.

Karlsruhe, den 18. Juni 1924.

Der Minister des Innern  
Remmele

Mit Entschliessung vom 13. Mai 1924 Nr. 80238 wurde die Vereinigung der abgesonderten Gemarkung Wolfersfeldten mit der Gemeinde Rülshaus (Amtsbezirk Berthheim) mit Wirkung vom 1. Juli 1924 auf Grund des § 105 Abs. 1 der Gemeindeordnung angeordnet.

Die Anordnung ist rechtswirksam.

Karlsruhe, den 18. Juni 1924.

Der Minister des Innern  
Remmele

## Zentral-Handels-Register für Baden.

**Baden.** **W. 734.** Handelsregisteramt. Abt. A Band II O.-Z. 483. Firma H. Gloor & Co., Elektrizitätskommanditgesellschaft in Cos. Die Gesellschaft ist aufgelöst u. die Firma sowie die dem Buchhalter Fritz Linde in Karlsruhe erteilte Procura erloschen.

**W. 735.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band II O.-Z. 246. Firma Jul. Köhler in Baden-Baden. Die Firma ist erloschen.

**W. 736.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band II O.-Z. 488. Firma J. & S. Baumann, Haarfabrik in Baden-Baden. Die Firma ist erloschen.

**W. 737.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band II O.-Z. 68. Firma Friedrich Hölzner, Hotel Stadt Strassburg in Baden-Baden. Inhaber ist jetzt Hotelbesitzer Friedrich Hölzner, Witwe, Luise geb. Koelblin in Baden-Baden.

**W. 738.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band II O.-Z. 284. Die offene Handelsgesellschaft Weis & Comp. in Gausangelsch ist aufgelöst und die Firma erloschen.

**W. 739.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band II O.-Z. 259. Firma West & Schwab in Heidelberg, offene Handelsgesellschaft, begonnen am 1. Juni 1924. Persönlich haftende Gesellschafter sind Eugen West, Ingenieur in Heidelberg, und Max Schwab, Ingenieur in Schwetzingen.

**W. 740.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band II O.-Z. 46. Firma Heidelberger Elektra-Installationsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg. Durch Beschluss der Versammlung der Gesellschafter vom 22. Mai 1924 ist die Gesellschaft aufgelöst. Karl Grobhaier, Kaufmann, in Heidelberg, ist zum Liquidator bestellt.

**W. 741.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 251. Firma Carl Weg in Heidelberg mit dem Hauptgeschäft in Karlsruhe. Die Prokura des Ernst Hoffmann in Forstheim ist erloschen.

**W. 742.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 17. Firma: umgeändert. Dem Oberingenieur Josef Schellerer und dem Ingenieur Richard Huber, Karlsruhe, ist Gesamtprokura erteilt. Die Prokuristen Döbler, Schellerer und Huber sind berechtigt, jeder gemeinsam mit einem anderen Prokuristen der Gesellschaft diese zu vertreten.

**W. 743.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 141. Die offene Handelsgesellschaft Nöh & Sommer in Siegelhausen ist aufgelöst u. die Firma erloschen.

**W. 744.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 258. Firma Friedrich Haug, Heidelberg. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 745.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 260. Firma Frieda Gerwig, Inhaberin Karl Kähler, Kaufmannsbeirat, Frieda geborene Gerwig, und O.-Z. 261. Firma Valentin Meiser, Inhaber Valentin Meiser, Kaufmann, alle in Heidelberg. Heidelberg, 13. Juni 1924. Amtsgericht. V.

**W. 725.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VII O.-Z. 37. Firma Wieland, Fab & Cie., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, eingetragen. Durch Gesellschafterbeschluss vom 5. Juni 1924 wurde § 8 des Gesellschaftsvertrags geändert. Hiernach gilt insbesondere: Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Paul Wieland und Ernst Roth ist beendet.

**W. 726.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VII O.-Z. 38. Firma: umgeändert. Dem Oberingenieur Josef Schellerer und dem Ingenieur Richard Huber, Karlsruhe, ist Gesamtprokura erteilt. Die Prokuristen Döbler, Schellerer und Huber sind berechtigt, jeder gemeinsam mit einem anderen Prokuristen der Gesellschaft diese zu vertreten.

**W. 727.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VII O.-Z. 8. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 728.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 49. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 729.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 37. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 730.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 38. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 731.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 39. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 732.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 40. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 733.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 41. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 734.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 42. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 735.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 43. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 736.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 44. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 737.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 45. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 738.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 46. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 739.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 47. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 740.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 48. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 741.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 49. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 742.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 50. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 743.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 51. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 744.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 52. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 745.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 53. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 746.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 54. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 747.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 55. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 748.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 56. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 749.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 57. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 750.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 58. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 751.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 59. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 752.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 60. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 753.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 61. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 754.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 62. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 755.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 63. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 756.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 64. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 757.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 65. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 758.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 66. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 759.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 67. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 760.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 68. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 761.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 69. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 762.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 70. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 763.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 71. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 764.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 72. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 765.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 73. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 766.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 74. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 767.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 75. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 768.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 76. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 769.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 77. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 770.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 78. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 771.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 79. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 772.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 80. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 773.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 81. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 774.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 82. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 775.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 83. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 776.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 84. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 777.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 85. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 778.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 86. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 779.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 87. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 780.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 88. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 781.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 89. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 782.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 90. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 783.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 91. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 784.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 92. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 785.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 93. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 786.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 94. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 787.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 95. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 788.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 96. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 789.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 97. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 790.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 98. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 791.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 99. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**W. 792.** Karlsruhe, Handelsregisteramt. Abt. B Band VIII O.-Z. 100. Firma: umgeändert. Dem Kaufmann Ludwig Knap in Heidelberg ist Procura erteilt.

**RCS** Wir besorgen alle bankgeschäftl. Transaktionen zu den kulantesten Bedingungen, insbesondere empfehlen wir uns für die Anlage von Spargeldern

**Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe**

HAUPTGESCHÄFT: WALDSTRASSE 1, ZWEIGGESCHÄFTE: NIEDERLASSUNG MÜHLBURG, RHEINSTRASSE 44, DEPOSITENKASSE AM HAUPTBAHNHOF (IM HOTEL REICHSHOF).

